

Stellungnahme der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Bremen/Unterweser e.V. zum Programm der neuen Regierung Israels

Vorbemerkung: In der letzten Dezemberwoche ist die neue Regierung Israels unter Premierminister Benjamin Netanjahu vereidigt worden. Sie ist aus freien, demokratischen Wahlen hervorgegangen, die Regierungskoalition kann sich auf eine Mehrheit von 64 der 120 Sitze im israelischen Parlament, der Knesset, stützen. Niemand kann die demokratische Legitimation dieses Parlaments und dieser Regierung in Frage stellen.

Aber die Geschichte hat viele Beispiele, dass demokratische Wahlen allein noch keine Garantie für den unbeschadeten Fortbestand der Demokratie sind. Und solche Beschädigung wird in Israel gegenwärtig massiv befürchtet, und auch in Deutschland wird darüber diskutiert. Das ist auch richtig und keine anmaßende Einmischung; denn wir sind schon lange *eine* Welt und haben gemeinsame Verantwortung – erst recht gilt das angesichts der Bedeutung Israels für Deutschland und die Weltgemeinschaft.

Als deutsch-israelische Freundschaftsgesellschaft wollen wir uns mit dieser Stellungnahme an der Diskussion beteiligen.

Die Israelis sind zu Recht stolz darauf, dass sie in 75 Jahren nach der Gründung des jüdischen Staates ein starkes Gemeinwesen mit modernster Wirtschaft, einer lebendigen, vielfältigen Gesellschaft und einer rechtsstaatlichen, streitbaren Demokratie aufgebaut haben – und das gegen alle Versuche bis heute, den jungen Staat in Wort und Tat anzugreifen, mit Vernichtungshetze und sehr realer Gewalt.

Als Deutsch-Israelische Gesellschaft haben wir uns die Aufgabe gestellt, diese außerordentliche Erfolgsgeschichte in Deutschland zu vermitteln und zu erklären; dabei auch Verständnis zu wecken für die fundamentalen Sicherheitsinteressen Israels angesichts der anhaltenden Bedrohungslage. Wir müssen immer wieder daran erinnern, dass Israel 1948 durch den legitimen Beschluss der Völkergemeinschaft gegründet wurde; dem war eine jahrhundertelange mörderische, judenfeindliche Verfolgungsgeschichte vor allem in Europa vorangegangen.

Die Grundlage des jüdischen Staates ist der Beschluss der Vereinten Nationen vom November 1947, zwei Staaten im ehemals britischen Mandatsgebiet Palästina zu gründen. Zum arabischen Staat ist es bis heute nicht gekommen. Das war und ist am wenigsten die Schuld Israels.

In der Unabhängigkeitserklärung von 1948 verpflichtete sich der neu gegründete Staat unter anderem: „Er wird all seinen Bürgern ohne Unterschied von Religion, Rasse und Geschlecht soziale und politische Gleichberechtigung verbürgen. Er wird Glaubens- und Gewissensfreiheit, Freiheit der Sprache, Erziehung und Kultur gewährleisten, die Heiligen Stätten unter seinen Schutz nehmen und den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen treu bleiben.“

Das ist das Israel, zu dem die Freundschaft zu vertiefen die DIG sich zusammengefunden hat. Es ist das Israel, in dem die Juden wie alle anderen Völker das gleiche Recht haben, in Sicherheit

selbst über ihren Weg in die Zukunft bestimmen zu können. Das Israel, das die einzige wirkliche Demokratie im Nahen Osten ist.

Deshalb sehen wir uns gerade als DIG in der Pflicht, uns zu Wort zu melden, wenn wir dieses Herzstück Israels, seine demokratischen Institutionen und sein völkerrechtliches Fundament, gefährdet sehen. „Es wird schon nicht so schlimm kommen“, eine solche Haltung wäre zu leichtfertig. Daher benennen wir offen unsere Sorgen, in der Hoffnung, dass sie nicht Wirklichkeit werden. Gefährdungen der Demokratie sehen wir heute unter anderem

- in dem Vorhaben der neuen Regierung, die unabhängige Stellung des Obersten Gerichtshofes zu untergraben und parlamentarische Mehrheiten über das Recht zu stellen;
- in Gesetzesvorhaben, die es wegen Rassismus und Gewaltunterstützung verurteilten Menschen ermöglichen, Minister in zentralen Positionen zu werden; in Gesetzesvorhaben, die Minister einschließlich des vor Gericht angeklagten Premierministers straffrei stellen sollen;
- in verschiedenen Überlegungen, etwa Geschlechtertrennung im öffentlichen Raum massiv auszuweiten und Diskriminierungen z. B. von LGBTI-Personen aus „religiösen Gründen“ zu erlauben;
- und schließlich in der programmatischen Aussage der neuen Regierungskoalition: „Das jüdische Volk hat ein alleiniges und unveräußerliches Recht auf alle Teile des Landes Israel. Diese Regierung wird die Besiedlung aller Teile des Landes Israel fördern und entwickeln – in Galiläa, im Negev, auf den Golanhöhen und in Judäa und Samaria.“ Netanjahu hat dies gegenüber der UN so erläutert, dass Israel ja nicht „Besitzer in seinem eigenen Land sein könne“.

Diese Grundhaltung der Koalition öffnet damit bewusst die Tür für einen massiven Ausbau von Siedlungen, für eine schleichende, am Ende womöglich direkte Annexion von „Judäa und Samaria“, also des Westjordanlands. Das aber wäre eine Abkehr vom UN-Beschluss 1947, der völkerrechtlichen Grundlage der legitimen Existenz des Staates Israel. Davor müssen wir als Freundinnen und Freunde Israels eindringlich warnen, auch weil es Israels Stellung in der demokratischen Welt sehr zum Schlechteren verändern würde.

Unsere Grundüberzeugung ist, dass die Juden die gleichen Rechte haben wie alle anderen Völker. Deshalb weisen wir die doppelten Standards zurück, die die Feinde Israels in ihrer Kritik ständig anwenden. Aber wir bleiben damit auch bei unserer Überzeugung, dass die Rechte *aller* Menschen und Völker beachtet werden müssen. Und deshalb treten wir weiterhin für eine faire Lösung auch für die Palästinenser ein. Dass eine solche Lösung im Augenblick nicht realistisch erscheint, kann und darf kein Argument sein. Denn jeder Schritt hin zu einer faktischen Annexion würde jede Möglichkeit eines Miteinander in Sicherheit in weite Ferne rücken.

Der Vorstand der DIG Bremen/Unterweser e. V. am 8. Januar 2023